

Ausgabe 01/2024

*Hinter***GRÜNde**

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

***Demokratie
verteidigen***

gruene-thl.de

Inhalt

Tops und Flops aus dem Landtag	3
Wehrhafte Demokratie	4
Vom Täter- zum Bildungsort: Das Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus	5
Die Zukunft der Bildung	6
Geldkarten für Geflüchtete	7
Planungssicherheit für die Landwirtschaft	8
Babette fragt nach: Cannabis-Legalisierung	9
Madeleine Henfling im Fokus	10/11
Antisemitismus und Queerfeindlich- keit – Vorurteils kriminalität bekämpfen	12
Intervention: Zwangsarbeit im Nationalsozialismus	13/14
Mobilitätsgesetz für Thüringen – Nachhaltige Mobilität für alle: zuverlässig, bezahlbar und sicher.....	15
Die Treuhand – Erfolgsgeschichte oder Ausverkauf	16
Hochschulfinanzen in Thüringen	17
Kolumne: Antifaschismus bleibt Handarbeit	18
Die Abgeordneten und Mitarbeiter*innen der Fraktion	19
Parlamentarische Beratung	20

Liebe Leser*innen,

das Jahr 2024 wird die Politik in Thüringen prägen. Mit den anstehenden Wahlen im Land, in den Kommunen und Europa wird sich zeigen, wohin sich unsere Gesellschaft zukünftig entwickelt.

Begonnen hat das Jahr mit großartigen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und für Mitmenschlichkeit. Die offen ausgesprochenen Deportationsfantasien der extremen Rechten haben zu massivem Widerstand geführt, der Mut macht und uns in unserer politischen Verantwortung trägt. Nie zuvor haben wir uns so intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir unsere Demokratie vor ihren Feind*innen schützen können. Als Bündnisgrüne vertreten wir eine klare politische Grundhaltung: Die Würde des Menschen muss unantastbar bleiben, wir wollen Minderheiten schützen, rechtsstaatliche Mittel konsequent anwenden, gegen extreme Rechte auch im öffentlichen Dienst vorgehen, Nazis die Geldhähne wo immer möglich zudrehen und die Zivilgesellschaft stärken.

Positiv ist: Auch wenn die parlamentarische Arbeit im Landtag herausfordernd bleibt, konnten wir auch als Teil der Minderheitsregierung mit LINKE und SPD das von uns geschaffene Grundgerüst eines ökologischen, demokratischen und sozialen Miteinanders sichern. Im zuletzt beschlossenen Haushalt lagen Licht und Schatten allerdings sehr eng beieinander. So konnten wir zwar vielerorts den Status quo erhalten, brauchen aber für die großen Veränderungsprozesse, die angesichts von Klimakrise und Demokratieverdrossenheit notwendig wären, endlich wieder progressive Mehrheiten. Wir wollen klimafreundliche und bezahlbare Energie, Digitalisierung, Bildungsgerechtigkeit, Wirtschaftstransformation, die Gestaltung der Migrationsgesellschaft, Unterstützung der Schwächsten und faire Mobilität in Stadt und Land. Unser Ziel bleibt eine offene und solidarische Gesellschaft, in der sich alle willkommen und sicher fühlen.

In diesem Heft zeigt Madeleine auf, wie man sich für die Demokratie einsetzen kann. Laura legt den Fokus auf unser Konzept für ein Mobilitätsgesetz, Babette beschreibt unsere Positionen für eine nachhaltige Landwirtschaft und Olaf berichtet von seiner Treuhand-Tour. Ich selbst widme mich einer zukunftsfesten Bildungspolitik und der viel diskutierten Geldkarte für Geflüchtete.

Euch allen nun viel Freude beim Lesen!

**Eure Astrid Rothe-Beinlich,
Fraktionsvorsitzende**





PODCAST-TIPP



Ehrlich jetzt?

Von Zeit Online;

Hören wir Politikerinnen und Politikern eigentlich richtig zu? Yasmine M'Barek tut

es. Jeden zweiten Dienstag spricht sie in „Ehrlich jetzt?“ mit einem Spitzenpolitiker oder einer Spitzenpolitikerin über ihr Herzensthema und diskutiert Fragen, für die in Talkshows und Nachrichtensendungen kein Platz ist.



BUCH-TIPP



Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen von Hendrik Cremer; Die Gefahr, die von der AfD ausgeht, wird im öffentlichen Diskurs nicht abgebildet. Die Par-

tei wird verharmlost, indem sie etwa als „rechtspopulistisch“ bezeichnet wird. Dabei hat sie sich längst zu einer rechtsextremen Partei entwickelt. Ihre Gewaltbereitschaft wird regelmäßig ausgespart. Zugleich erzielt sie hohe Zustimmungswerte, und Vertreter*innen demokratischer Parteien grenzen sich nicht genügend von ihr ab.



Babette Pfefferlein gut gelaunt im ersten Plenum des Jahres

Tops ✓ und Flops ✗ aus dem Landtag

✓ Spannende Ausstellung im Fraktionsflur

Bis zum 30. April kann die Ausstellung „Black People – Victims of the Nazi Era“ in unserem Fraktionsflur besichtigt werden. Die Ausstellung zeigt Schwarze Menschen, die trotz Verfolgung durch die Nationalsozialisten überlebt haben oder ihnen zum Opfer gefallen sind. Daneben wird über Schwarze Menschen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus aufgeklärt und auf die meist unbekannteste Geschichte der deutschen Beteiligung am transatlantischen Sklavenhandel hingewiesen. Des Weiteren wird auf die Verfolgung, Isolation und Zwangssterilisierung durch die Nationalsozialisten eingegangen. Initiiert hat die Ausstellung Dr. Pierette Herzberger-Fofana, Mitglied des Europäischen Parlaments.

✗ Unerträgliche Debatten im Plenum

Auch in diesem Jahr mussten wir uns wieder der Gender-Debatte im Plenum stellen. Die CDU wollte mit ihrem Korrektesprache-Gesetz hoch bürokratisch etwas regeln, für das es keine Vorgaben braucht. Es ist mindestens befremdlich, wie sich die CDU bei diesem Thema als Verbotspartei generiert, während sie uns genau das vorwirft. Wir wollen, dass alle die Freiheit haben, so zu sprechen, wie sie es wollen. Wer nicht gendern möchte, lässt es eben. Was wir hier seitens der CDU und AfD sehen, ist ein Kulturkampf. Natascha Strobl hat diese Entwicklung als „radikalisierten Konservatismus“ bezeichnet, der keine Berührungängste vor der traditionellen extremen Rechten kennt. Der absurde „Kampf gegen das Gendern“ ist eben genau so eine Anbiederung an ganz rechts, das ist eine gefährliche Entwicklung. Die Übernahme von und die Anbiederung an Themen der extremen Rechten verschieben dauerhaft den gesamten Diskurs nach rechts. Gewinnen wird dabei allerdings nur die AfD.



Madeleine Henfling im Gespräch mit Verfassungsrechtler*innen

Handlungsfelder und Instrumente für eine wehrhafte Demokratie



Wehrhafte Demokratie

Anfang des Jahres sorgte die veröffentlichte CORRECTIV-Recherche für Aufsehen. An dem Geheimtreffen der neuen Rechten für eine Strategie zur „Remigration“ von Geflüchteten, aber auch deutschen Staatsbürger*innen, nahmen AfD-Spitzenpersonal, Vordenker*innen der neuen Rechten, Angehörige der Werteunion sowie rechte Unternehmer*innen teil.

Die aufgedeckten Pläne sind als konkreter Angriff auf demokratische Grundprinzipien und eine konkrete Gefahr für geflüchtete Personen zu verstehen, die schon jetzt von einer Welle rassistischer Gewalt betroffen sind. Dagegen brauchte es ein klares Signal. Die Millionen Menschen, die seitdem gegen Rechtsextremismus und für Mitmenschlichkeit auf die Straße gehen, zeigen, dass diese Deportationsfantasien nicht unwidersprochen bleiben.

Der entstandene Aufschrei darf nicht folgenlos bleiben, sondern es müssen

konkrete Schritte gegen die AfD und ihre Funktionär*innen geschehen. Eine ‚politische Bekämpfung‘ der AfD hat nicht gefruchtet. Vor dem Hintergrund müssen auch rechtliche Schritte ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

Die AfD besitzt besorgniserregendes politisches Gewicht, wie es eine extrem rechte Partei, darunter die NPD, in der Bundesrepublik noch nie hatte. Der Thüringer Landesverband ist gesichert rechtsextrem. Die AfD ist eine konkrete Gefahr für Freiheit und Demokratie, eine akute Bedrohung für Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. Eine gründliche Vorbereitung eines AfD-Verbotsverfahrens ist zwingend notwendig. Die Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit der AfD darf nicht Gegenstand politischer Erwägung sein, sondern muss durch das Bundesverfassungsgericht objektiv getroffen werden. Dazu gehört es auch, ein Verbot der Jugendorganisation ‚Junge Alternative‘ als Verein zu prüfen.

Die Jugendorganisation der AfD steht der Partei in nichts nach.

Darüber hinaus braucht es die konsequente Anwendung der vorhandenen juristischen Instrumente. Die Botschaft des Urteils zur NPD-Parteienfinanzierung war klar: Verfassungsfeindliche Parteien müssen damit rechnen, dass bestehende Instrumente der Verfassung konsequent angewendet werden. Wichtig ist jetzt eine klare politische Grundhaltung: Demokratie schützende Gesetze anwenden, Schutzlücken schließen, gegen Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst vorgehen, Geldhähne wo immer möglich abdrehen und die Zivilgesellschaft stärken.

Die Verfassung kann sich gegen ihre Feinde verteidigen. Die Demokratie muss vor autoritärem Staatsumbau geschützt werden.

In deiner Gemeinde

In Vereinen

z.B. in Jugendzentren, Umweltschutzgruppen oder für Bedürftige



Werde aktiv und setze dich lokal ein!

In Gewerkschaften

Du hast keine Zeit, aber willst spenden?

Vereine und Organisationen freuen sich darüber



Blick in den ersten Abschnitt der Dauerausstellung über die Gewöhnung an Ausgrenzung und Gewalt

Vom Täter- zum Bildungsort:

Das Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Am 8. Mai 2024 eröffnet im ehemaligen Weimarer Gauforum das Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Es gehört zur Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Zwangsarbeit war das öffentlichste Massenverbrechen im NS. Seine Geschichte behandelt das Museum vor einem weiten historischen und thematischen Panorama: Von der Machtübernahme 1933 bis in die Wiedergut-

machungsdebatten der Gegenwart, von der Ausbeutung von Zwangsarbeiter*innen im von den Deutschen besetzten Europa bis zu deren millionenhaften Verschleppung ins Deutsche Reich. Gezielt setzt sich die Dauerausstellung dabei mit der problematischen Beziehungsgeschichte von Deutschen und Zwangsarbeiter*innen auseinander.

Der Thüringer NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel war ab März 1942 als „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ für die Deportation von Millionen Zwangsarbeiter*innen nach Deutschland verantwortlich. Dafür wurde er in Nürnberg 1946 zum Tod verurteilt. Das als sein Machtzentrum geplante Gauforum – zentral in Weimar – wird nun das Museum als Ort der historisch-politischen Bildung beleben.



Über 60 Fallgeschichten sind dokumentarisch und fotografisch aufbereitet Fotos: gewerkdesign



Astrid Rothe-Beinlich liest Kindern aus ihren Lieblingsbüchern vor

Die Zukunft der Bildung

„Seit vielen Jahren belegen nationale ebenso wie internationale Befunde der empirischen Bildungsforschung, dass der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern eng mit dem sozioökonomischen Status und dem Migrationshintergrund verknüpft ist.“

Diese Aussage findet sich in der internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) 2021. Auch PISA 2022, IQB-Bildungstrend oder der ifo-Chancenmonitor teilen diese Befunde. Doch anstatt den Blick auf den zentralen Knackpunkt des deutschen Bildungssystems zu legen, stehen die Abkürzungen PISA, IGLU, IQB oder ifo für viele nur für das angebliche Versagen unseres Bildungssystems. Und ja, die Lage ist ernst und der Lernrückstand vieler Kinder nicht wegzudiskutieren. Aber welche Lehren für die Bildungspolitik lassen sich aus den 2023 veröffentlichten Schulleistungstudien ziehen?

Zeitgemäßer und alltagsbezogener Unterricht motiviert zum Lernen

PISA-Studie und IQB-Bildungstrend zeigen eine deutliche Abnahme der Motivation der Schüler*innen in Deutsch und Mathematik in den letzten Jahren. In beiden Fächern sind althergebrachte Lernformen wie Frontalunterricht, Still- oder Einzelarbeit

immer noch vorherrschend. Aufgaben, die Kompetenzen für Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern, kommen selten vor. Hier braucht es eine Modernisierung des Unterrichts mit einer fächerübergreifenden Orientierung auf Lebenswelt und Alltagskompetenz.

Digitale Kluft verhindern

Die Schulschließungen während der Covid-19-Pandemie verstärkten bestehende Probleme. Dies zeigte sich beim Distanzunterricht und der Digitalisierung. Durch engagierte und kreative Lehrkräfte wurde viel Unterricht aufgefangen, doch lernschwache Schüler*innen oder aus einkommensschwächeren Familien blieben oft abgehängt – mit Folgen für die ganze Bildungslaufbahn. Um dieser digitalen Kluft zu begegnen, müssen digitale, datenschutzkonforme Lernmöglichkeiten ausgebaut und pädagogische Inhalte und Methoden daran angepasst werden.

Leistungsspreizung und sozioökonomischer Status

Schulische Leistungen hängen nach wie vor von der familiären Herkunft ab. Schon in der frühkindlichen Bildung gehen die Bildungschancen von sozioökonomisch begünstigten und benachteiligten Kindern auseinander und dies wirkt über alle Bildungsstufen fort. Die frühe Trennung der Kinder in Deutschland im mehrgliedrigen Schulsystem erhöht die Ungleichheit bei den Leistungen. Längeres gemeinsames Lernen und der Ausbau von Ganztagsangeboten mit pädagogischer Begleitung von Assistenzen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeit sind bildungspolitisch wirksame Maßnahmen zur Erhöhung der sozialen Mobilität und Kompetenzsteigerung für alle Schüler*innen.

„Versetzunggefährdet?
Bildungspolitische Lehren aus
den Bildungsleistungstudien
und Gutachten des Jahres 2023“

Diskussionspapier
und Gutachten
finden Sie hier:



Geldkarten für Geflüchtete



Im Plenum plädiert Astrid Rothe-Beinlich für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik

14 von 16 Bundesländern sind sich einig – eine einheitlich „Bezahlkarte“ für Geflüchtete soll das bisher ausgezahlte Bargeld ersetzen. Schon der Name ist problematisch und macht klar: Es geht um Gängelung und Diskriminierung – Pro Asyl spricht deshalb recht zutreffend von einem Diskriminierungsinstrument. Denn das damit einhergehende Signal an die Bevölkerung ist Abschreckung und die fatale Botschaft: Wir tun was gegen Geflüchtete. Klar ist aber auch: Kein Geflüchteter wird die Flucht nicht antreten, weil es künftig Bezahlkarten statt Bargeld gibt.

Erinnern wir uns noch einmal: Von „Fresspaketen“ über Kundenkontoblätter hatten wir so etwas schon einmal. Es war eine große Errungenschaft, Geflüchteten in Thüringen Bargeld zur Verfügung zu stellen. Doch wir wissen auch um die Schwierigkeit von Barauszahlungen, gerade in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Aus unserer Sicht wäre es noch immer das Beste, Konten einzurichten und Geldkarten ohne Reglementierungen auszugeben.

Und es ist klar: Eine diskriminierungsfreie Geldkarte wäre möglich. Hannover macht es bereits erfolgreich vor. Dafür braucht es jedoch den erklärten politischen Willen.

Mit der sogenannten Bezahlkarte wird die Möglichkeit über Bargeld zu verfügen eingeschränkt. Außerdem sollen Überweisungen ins Ausland verunmöglicht werden – ein Schlag für viele, die momentan das wenige sparen, was sie bekommen, um mit Kleinstsummen bspw. Angehörige zu unterstützen. Die Karte soll zudem so eingerichtet werden können, dass sie nur in bestimmten Regionen – bspw. innerhalb definierter Postleitzahlenbereiche funktioniert – damit einhergeht eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Betroffenen, die somit nur noch in bestimmten Regionen mit der Karte etwas bezahlen können. Welche Beschränkungen vorgenommen werden, entscheiden die Länder. Diese wiederum können ihre Kommunen aber nur begrenzt anweisen, die Karten auch zur Anwendung zu bringen.

Einige Kreise haben die bundesweite Entwicklung bereits vorweggenommen, allen voran Greiz mit der Landrätin Schweinsburg an der Spitze, die bereits Fake News verkündet, indem sie behauptet, zahlreiche Geflüchtete hätten wegen dieser Praxis bereits den Landkreis verlassen.

Wir jedenfalls werden alles dafür tun, unseren menschenrechtsorientierten Anspruch auch in dieser Frage nicht aus dem Blick zu verlieren. Wenn also Geldkarten für Geflüchtete auch in Thüringen eingeführt werden, müssen sie diskriminierungsfrei sein und auch allen datenschutzrechtlichen Anforderungen genügen. Noch besser wäre es aber, auf Bundesebene endlich die diskriminierende Sondergesetzgebung in Form des Asylbewerberleistungsgesetzes abzuschaffen und alle Menschen ins SGB aufzunehmen. Schließlich hatte schon das Bundesverfassungsgericht vor vielen Jahren geurteilt: Die Würde des Menschen ist auch migrationspolitisch nicht zu relativieren.

Astrid Rothe-Beinlich

Bildung, Jugend und Sport,
Asyl, Migration und Integration,
Justiz sowie Aufarbeitung
und Religion



**Mein
BUCHTIPP**

Im Winter Schnee, nachts Sterne.

Geschichte einer Heimkehr – von Fabio Geda, Enaiatollah Akbari
Als der Afghane Enaiatollah Akbari nach jahrelanger Flucht ganz allein Europa erreichte, war er fünfzehn Jahre alt. Aus eigener Kraft musste er sich eine neue Existenz aufbauen. Er lernte eine neue Sprache, machte seinen Schulabschluss, studierte Politikwissenschaft.





Babette Pfefferlein im Plenum

Planungssicherheit für die Landwirtschaft

Nach der Ankündigung der Bundesregierung die Agrardieselmrückstattung und die KfZ-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Maschinen abzuschaffen, kam es deutschlandweit zu anhaltenden Protesten von Landwirt*innen.

Dabei sind die Demonstrationen auch Zeichen des Unmuts in Folge der stetig zunehmenden Belastungen vieler Landwirt*innen, was sich auch trotz der teilweise bzw. vollständig zurückgenommenen Agrardieselmrückstattung bzw. KfZ-Steuerbefreiung in den Forderungspapieren der Verbände widerspiegelt.

So geht es mittlerweile neben Entlastungen auch um Bürokratieabbau und Planungssicherheit. Wir sind uns dessen bewusst und setzen uns für eine ressourcen- und umweltschonende Agrarpolitik ein.

So sollten zukünftig Umweltleistungen und Anstrengungen zur Reduzierung von Treibhausgasen honoriert werden. Hierfür benötigen wir eine Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene ab der Förderperiode 2028, die wir konstruktiv begleiten wollen. Auch bei der gesellschaftlichen Forderung nach mehr Tierwohl möchten wir mit der Einführung eines Tierwohlcents auf tierische Erzeugnisse die Landwirtschaft beim Umbau der Tierhaltung unterstützen.

Gleichzeitig muss die Gesetzgebung für bauliche Anlagen dringend harmonisiert werden, um den Landwirt*innen Bau- und Planungssicherheit zu geben. Ohne Zweifel rückt die eigentliche Arbeit unserer Landwirt*innen neben den vielfach unumgänglichen administrativen Aufgaben oft in den Hintergrund. Dabei können digitale Lösungen den Aufwand minimieren

und wichtige Transformationsprozesse fördern.

Um den Ausverkauf unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche zu verhindern, muss der vorliegende Entwurf des Thüringer Agrar- und Forstflächenstrukturgesetzes schnellstmöglich verabschiedet werden. Dabei ist uns eine wirksame Pacht- und Kaufpreisbegrenzung für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke und eine Reglementierung von Anteilsverkäufen juristischer Agrarunternehmen wichtig.

Wir von Bündnisgrüne setzen uns für eine moderne und umweltverträgliche Landwirtschaft ein. Denn auch in Zukunft wollen wir eine qualitative hochwertige Lebensmittelproduktion, die unseren Landwirt*innen stabile Einkommen sichert aber auch intakte Ökosysteme voraussetzt.

Babette fragt nach:

Cannabis-Legalisierung

Was haben die begrenzte Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken und das Thüringer Drugchecking-Projekt miteinander zu tun?

Worum geht es beim Cannabisgesetz?

Das Gesetz ist ein zentrales Vorhaben der Bundesregierung. Ursprünglich war die Legalisierung zum 1. Januar 2024 geplant. Mit dem Gesetz findet ein Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik der Bundesrepublik statt – und so hat es in Berlin doch etwas länger gedauert. Beispielsweise wurde im Gesundheits-, Kinder- und Jugendschutz noch nachgeschärft.

Cannabis ist die lateinische Bezeichnung für die Hanfpflanze. Aus den weiblichen Pflanzen lassen sich Rauschmittel gewinnen: Marihuana, Haschisch und Haschisch-Öl. Für die berauschende Wirkung ist das THC (Tetrahydrocannabinol) verantwortlich. Im Gegensatz zu legalen Suchtstoffen wie Tabak und Alkohol galt Cannabis in Deutschland bislang als illegale Substanz, die unter das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) fiel.

Was aber nicht heißt, dass deshalb kein Cannabis konsumiert wurde.

Das wissen Patrick Krauß und Sebastian Franke vom Thüringer Drug-

Checking-Angebot der Suchthilfe in Thüringen, mit denen Babette dazu sprach, nur zu genau. Sie klären direkt auf Partys und Festivals auf und machen so den Drogenkonsum sicherer.

„2023 analysierte das Thüringer Drug-Checking Projekt ALIVE insgesamt 144 Substanzen und führte 120 Interventionen durch. Dadurch konnten ganz unmittelbar Menschen mit Konsumabsicht im Thüringer Nachtleben erreicht werden. Neben Ecstasy und Amphetamin wurden unter anderem 36 Cannabis-Proben mit unterschiedlicher Konzentration analysiert. Bei über der Hälfte der Proben wurde ein hoher bis sehr hoher THC-Gehalt festgestellt. Auf die Risiken von auf dem Schwarzmarkt gekauften Substanzen machen die digitalen Substanzwarnungen über Social Media aufmerksam. Damit erreichen wir auch Menschen außerhalb von Veranstaltungen“, berichtet Patrick.

„Die Interaktion mit den User*innen führt zu bewussteren Entscheidungen im Umgang mit Drogen und erhöht die Kompetenz bezüglich des eigenen Konsumverhaltens. Dank der frühzeitigen Erkennung gefährlicher Stoffkombinationen wird das Bewusstsein für die Risiken des Drogenkonsums geschärft. Durch eine

Regulierung von Cannabis und der Schaffung einer staatlich kontrollierten Versorgungsstruktur könnten zum Beispiel besorgniserregende Konzentrationen und Falschdeklarationen wie Synthetische Cannabinoide, die als Cannabis verkauft werden, zukünftig keine große Rolle mehr spielen“, ergänzt Sebastian.

Was ist Drug-Checking?

Psychotrope Substanzen werden auf ihre Zusammensetzung und Konzentration analysiert, so kann ein risikoärmerer Konsum gewährleistet werden. Beratungsgespräche unterstützen dabei, sich kritisch mit dem eigenen Konsum auseinanderzusetzen. In Thüringen werden die Einsätze der „Drogerie“ mit dem Safer-Nightlife-Projekt und dem Kooperationspartner „miraculix“ Drug-Checking seit 2021 über den Landeshaushalt finanziert.

Babette Pfefferlein

Soziales, Arbeit, Gesundheit, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Infrastruktur, Landwirtschaft, Forsten, Tier- und Verbraucherschutz



Mein BUCHTIPP

Freund der Erde von T. C. Boyle;

Wir schreiben das Jahr 2025: Der Treibhauseffekt hat voll zugeschlagen, im Loiretal wird nicht mehr Wein, sondern Reis angebaut, die meisten Säugetiere sind ausgestorben. Ty Tierwater, militanter Umweltschützer, verbrachte mehr Zeit im Knast als in der freien Natur. Da taucht eines Tages seine zweite Frau mit einem ganz besonderen Anliegen auf ...







„ Die Verteidigung unseres freiheitlichen Verfassungsstaates ist eine gesamtgesellschaftliche und eine gesamtstaatliche Aufgabe zugleich. Denn die Bedrohung seiner Grundfesten durch rechts-extreme Verfassungsfeinde strahlt aus bis in die kleinsten Bereiche unserer gemeinsamen Ordnung. “

Madeleine Henfling

Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa, Kultur, Medien sowie Netzpolitik und Datenschutz



Laura Wahl setzt mit Demonstrierenden vor dem Landtag ein Zeichen für Vielfalt

Antisemitismus und Queerfeindlichkeit

Vorurteils kriminalität bekämpfen!

Thüringen macht anknüpfend an die Ergebnisse der Enquete Rassismus erste Schritte in Richtung einer umfassenden Antidiskriminierungsarbeit. Wie steht es um die Strafverfolgungsbehörden? Schaffen wir es, sekundäre Viktimisierung zu vermeiden? Vorurteilsmotive zu erkennen und zu ermitteln? Der Untersuchungsausschuss 7/3 „Politisch motivierte Gewaltkriminalität“ hat sich in seinen Sitzungen auch mit Antisemitismus und Queerfeindlichkeit befasst.

Gegen jeden Antisemitismus in Thüringen

Antisemitismus hat viele Ausdrucksformen, erneut deutlich erkennbar seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel. Seitdem verzeichnet die Dokumentationsstelle RIAS auch in Thüringen zunehmend israelfeindliche Vorfälle – im Schnitt drei Vorfälle am Tag.

Ein Schwerpunkt in Thüringen bildet auch der Post-Shoah-Antisemitismus, der sich gegen Gedenken an die Shoah richtet, von „Schuld kult“ spricht oder Jüdi*innen eine Mitschuld gibt.

Auch der moderne Antisemitismus ist in Thüringen sehr präsent, insbesondere im Kontext der Mischszene aus Pandemieleugner*innen, Reichsbürger*innen und extremen Rechten, die Krisen wie Pandemie und Angriffskrieg mit verschwörungsideologischen, meist antisemitischen Erzählungen aufladen.

Deutlich wurde auch, dass etwa 80 Prozent der antisemitischen Straftaten durch die Betroffenen gar nicht erst angezeigt werden und das Vertrauen in Sicherheitsbehörden eher gering ist.

Der Thüringer Landtag hat aufgrund des Angriffskriegs und der bereits vorher gestiegenen Fallzahlen die Mittel für RIAS ab dem Jahr 2024 aufgestockt!

Queerfeindlichkeit ist keine Randerscheinung

In Thüringen kann noch immer kein CSD ohne Beleidigungen, Bedrohung oder Angriffe stattfinden. Aus queer-

feindlichen Motiven wurde am 12. Februar 2020 Mario K. in Altenburg brutal ermordet, ohne justizielle Einordnung des Vorurteilsmotivs oder des rechten Hintergrunds der Täter*innen. Wenn Beam*innen queerfeindliche Motive nicht ausreichend erkennen und kategorisieren, dann findet regelmäßig auch keine konsequente Ermittlung und Anklage statt.

Fazit

Bei der Bekämpfung von Vorurteils-kriminalität stehen wir noch ganz am Anfang. Was es braucht, ist eine eigenständige polizeiliche Behandlung und Erfassung von Vorurteils-kriminalität sowie eine Anlaufstelle bei der Staats-anwaltschaft, an die sich Betroffene für Hilfe und Communityarbeit vertrauens-voll wenden können.

Zum Weiterlesen: Stellungnahme des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland zu Queerfeindlichkeit in Thüringen



Festmümm



Ms. Stumm

Ms. Stumm

Ms. Stumm

»Wir sehnen uns nach

- unserer Heimat
- unserem Zuhause
- der Freiheit.«

Übersetzung
vorderseite

»Der Schmerz in den Händen mit geplatzten Blasen und Füßen voller Wunden trübte meinen Verstand. Ich war ohne Gedanken. Ich lebte wie in Trance, und es war mir völlig egal, ob ich den nächsten Tag überlebe.«

Maria Andrzejewska (Mitte)
um 1943, polnische Zwangsarbeiterin
in Berlin-Reinickendorf



Sie war eine von über 20 Millionen Menschen aus ganz Europa, die während des Nationalsozialismus für Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten.

Mobilitätsgesetz für Thüringen

Nachhaltige Mobilität für alle: zuverlässig, bezahlbar und sicher



Auf einer Pressekonferenz im November 2023 hat Laura Wahl das Gesetz vorgestellt

Wir wollen in Thüringen eine saubere, bezahlbare und zuverlässige Mobilität auch unabhängig vom eigenen Auto schaffen. Als ersten Impuls für eine Debatte hat Laura im November, gemeinsam mit Wulf Hahn von RegioConsult, einen Aufschlag für ein Mobilitätsgesetz in Thüringen präsentiert. Dieses Gesetz soll den Umweltverbund, also Busse, Bahnen sowie Rad- und Fußverkehr stärken. Im heutigen Alltag in Thüringen erleben wir gerade im Berufsverkehr überfüllte Straßen, Lärm und Abgase. Für Alltagsradfahrer*innen fehlen sichere Wege, sowohl innerorts als auch zwischen Dörfern und Städten. Dort fehlt zugleich häufig ein regelmäßiges und engmaschiges Angebot öffentlicher Verkehrsmittel, weshalb das Auto für viele in ländlicheren Räumen das zentrale Fortbewegungsmittel ist. Rund 60 Prozent aller Wege in Thüringen werden aktuell mit dem Auto zurückgelegt.

Ein wichtiger Bestandteil des Gesetzesentwurfs ist die „Vision Zero“, also der Ansatz, dass alle Unfälle und Verletzte im Straßenverkehr vermeidbar sind, um die Anzahl der Verletzten und Toten im Straßenverkehr kontinuierlich zu reduzieren. Mit dem Mobilitätsgesetz kann Verkehrssicherheit zur Leitlinie für alle verkehrlichen Planungen und Maßnahmen in Thüringen werden.

Brandenburg hat es im Januar mit seinem Mobilitätsgesetz gerade erst vorgemacht: Sicherheit, insbesondere für ungeschützte Verkehrsteilnehmer*innen wie Radfahrende und Zufußgehende, hat Vorrang vor Verkehrsfluss. Zudem werden die Bedürfnisse von Kindern, Älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen besonders berücksichtigt. Und von einer kinderfreundlichen Verkehrsraumgestaltung profitieren wiederum alle Verkehrsteilnehmende von jung bis alt.

Die freie Wahl von Mobilität bedeutet Teilhabe aller Menschen am öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben und ein umweltfreundlicher Güterverkehr ist zudem wesentlich für eine attraktive und zukunftsfähige Wirtschaft. Damit der Verkehrssektor gleichzeitig im Einklang mit den Thüringer Klimaziele steht, ist ein Mobilitätsgesetz für Thüringen wäre ein wegweisender Schritt hin zu nachhaltiger, sicherer und sozial gerechter Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger.

Konzept für ein Mobilitätsgesetz in Thüringen



Laura Wahl

Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz, Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik sowie den Verfassungsausschuss

Mein  **PODCAST-TIPP**

Abenteuer Eisenbahn – unglaubliche Reisen, erstaunliche Erlebnisse

Wer in Zügen unterwegs ist, sieht die Welt mit anderen Augen. Bahnfahrende erkunden Landschaften und Städte, erleben Außergewöhnliches, begegnen Menschen und entdecken vielleicht auch ein Stück weit sich selbst. Eisenbahnen und ihre faszinierende Technik bringen Kinderaugen zum Leuchten – und insgeheim auch die von vielen Erwachsenen.





Auch in Saalfeld war das Interesse an Erkenntnissen aus dem Ausschuss groß

Die Treuhand – Erfolgsgeschichte oder Ausverkauf

2488 Privatisierungen innerhalb von fünf Jahren alleine im heutigen Thüringen auszuführen – das war ein Auftrag der Treuhandanstalt. Von der Modrow-Regierung im März 1990 gegründet, wurde die Treuhand ab Juni 1990 mit dem Treuhand-Gesetz Eigentümerin aller Kombinate, Betriebe und Wirtschaftseinheiten und verantwortlich für die schnelle „Privatisierung und Verwertung volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft“. Die Währungsreform und damit einhergehende Einführung der D-Mark brachte die DDR-Wirtschaft schließlich zum endgültigen Einbruch.

Die Ergebnisse der Arbeit der Treuhand sind so bekannt wie niederschmetternd. Von ca. vier Millionen Arbeitsplätzen in der Industrie blieb nur ca. ein Drittel übrig. Bis heute verbinden sich mit der Treuhand

neben Mythen vor allem enttäuschte Hoffnungen und überzogene Erwartungen. Sie ist bis heute Projektionsfläche für politische Interessen und Konflikte. Ängste und Traumata wirken nach, Verunsicherung ist in breiten Teilen der Gesellschaft immer noch spürbar.

Im Thüringer Landtag bildete sich im Jahr 2021 ein Untersuchungsausschuss zur Tätigkeit der Treuhandanstalt. In 17 Sitzungen wurden 60 Sachverständige und Zeitzeug*innen angehört und befragt. Im Rahmen einer Tour zum Thema „Treuhand in Thüringen“ wollen wir mit Interessierten über das Thema sprechen. Bisherige Stationen waren Ilmenau, Altenburg, Weimar und Eisenach. Ab Februar folgten Saalfeld, Erfurt und Mühlhausen. Über die Stationen der Tour informieren wir rechtzeitig auf unserer Webseite und den sozialen Netzwerken.

Zwischen Unmengen von Akten und Anhörungen von Zeug*innen gibt Olaf Müller, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, Interessierten einen Einblick: Wie kann ein Ausschuss die Treuhand aufarbeiten und was sind die wesentlichen Erkenntnisse? Wie war der Zustand der Betriebe, die die Treuhand privatisiert, saniert oder stillgelegt hat? War die Treuhand eine überforderte Behörde? Welche Rolle hatten Bundes- und Landesregierung? Gab es Alternativen zur radikalen Privatisierung?

Die Tour soll einen Raum für Austausch und Diskussion schaffen. Was denken Sie darüber, waren Sie selbst dabei, was sind Ihre Ängste, Ihre Hoffnungen? Über diese und andere Fragen wollen wir mit Interessierten ins Gespräch kommen. Wir freuen uns auf einen interessanten Austausch.

Hochschulfinanzen in Thüringen

Unsere Hochschulen und duale Ausbildungsstätten brauchen eine verlässliche Finanzierung, um ihren Erfindungsgeist bestmöglich freizusetzen. Die Finanzierung der Hochschulen wird in Thüringen über die Rahmenvereinbarung für fünf Jahre geregelt. Der Finanzierungsplan sieht dabei vor, den Hochschulen eine Steigerung um vier Prozent pro Jahr zukommen zu lassen. Damit sollen die Hochschulen in die Lage versetzt werden, Kostensteigerungen wie Personalkosten, Inflation oder Investitionen auszugleichen. Seit 2015 hat Rot-rot-grün die Steigerung der Grundfinanzierung vervierfacht. Davor gab es lediglich eine einprozentige Steigerung. Zusätzlich bekommen die Hochschulen Bundesmittel aus dem Hochschulpakt. Der Verteilungsschlüssel orientiert sich dabei an den Studierendenzahlen. Die Hochschulen erhalten dieses Geld als Globalbudget und verteilen diese Mittel im Zuge ihrer Selbstverwaltung in Zusammenarbeit mit ihren Gremien.

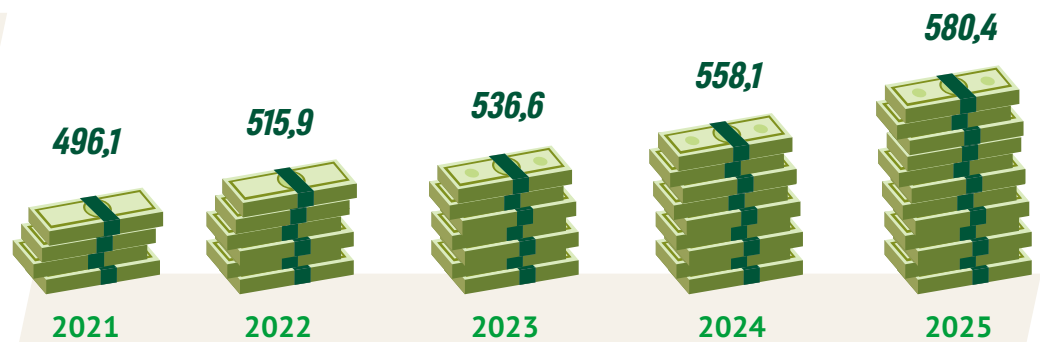
Die aktuelle Situation stellt die Hochschulen vor große Herausforderungen: Angesichts der demografischen Lage ist zukünftig mit geringeren Studierendenzahlen zu rechnen und damit auch weniger Bundesmitteln. Zusätzlich sehen sich auch die Hochschulen mit den Kostensteigerungen durch Energiekrise und Krieg konfrontiert. Die Auswirkungen der von der CDU erzwungen Zwangssparmaßnahme sind zusätzlich zu spüren. Dafür mussten die Hochschulen ihre Rücklagen, die für diverse Investitionsleistungen gedacht waren, abschmelzen. Es ist also abzusehen, dass die bisherige Finanzierungssteigerung nicht ausreichen werden.

Die Haushaltslage in Thüringen gestaltet sich schwieriger als in den letzten Jahren, sodass wir die Steigerungen der Grundfinanzierung nicht einfach erhöhen können. Wir müssen daher mit den Hochschulen neue Wege der Finanzierung betrachten.

Dieser Diskussion müssen wir uns in den nächsten Jahren dringend stellen und sie gemeinsam führen. Klar ist für uns dabei: Drittmittelakquise ersetzt nicht die Verantwortung des Landes für die Finanzierung der Hochschulen, sondern ergänzt diese. Dies gelingt nur, wenn die Hochschulen von ihrer Seite durch umfassende Kooperationen Einsparpotentiale generieren.

Für finanzielle Sonderbelastungen müssen wir als Land einen Fonds zur Verfügung stellen. Diese Sonderbelastungen können die Hochschulen nicht aus dem laufenden Budget stemmen. Eine nachhaltige Hochschulfinanzierung erfordert Transparenz und ein aktives Engagement aller Beteiligten. Wir setzen uns daher für transparente Entscheidungsprozesse und eine stärkere Einbindung der Hochschulgemeinschaft in die Finanzplanung ein.

**Hochschulfinanzierung
gemäß Rahmenvereinbarung V
(in Mio. Euro)**



Olaf Müller

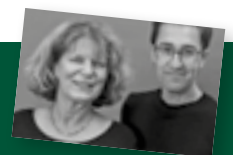
Haushalt und Finanzen,
Wirtschaft und Wissenschaft,
Tourismus, Petitionen

Mein
**PODCAST-
TIPP**



Auch das noch?

In jeder Folge dieses Podcasts sprechen ZEIT-Politikredakteurin Petra Pinzler und Wissenschaftsredakteur Stefan Schmitt über eine Krise der Gegenwart: Es geht um die Klimakrise, das Artensterben, die Energiekrise und die Kriege. Jedes Mal hilft eine Expertin oder ein Experte dabei zu verstehen, wie alles zusammenhängt.



Antifaschismus bleibt Handarbeit

Ein Ruck ging durch Deutschland. Die Enthüllungen der Correctiv-Recherchen zu den Deportationsplänen der AfD haben etwas verändert. Lange Zeit passierte der schleichende Rechtsrutsch im Land ohne breiten Widerstand, blieb die Mehrheit schweigend und eine polternde Minderheit laut. Das hat sich nun geändert. Hunderttausende Menschen sind in den letzten Wochen auf die Straße gegangen, manche zum ersten Mal in ihrem Leben. Sie haben sich ein Herz gefasst, ihre Stimme erhoben, Gesicht gezeigt gegen faschistische Politik und für die Demokratie. Das ist großartig! Denn es braucht diese laute Mehrheit, die den politischen Diskurs geraderückt und Anteil nimmt an den Geschehnissen. Vielen, die sich seit langem engagieren und denen langsam die Puste ausging, hat das Rückenwind gegeben. Wirklich Mut machen aber nicht nur die riesigen Demos in den Großstädten, sondern vor allem die in den kleinen Orten. Und „Nazis raus!“ ruft es sich leichter. „Da, wo es keine Nazis gibt“, sangen schon Kraftklub. Es kostet viel Courage sich dort gegen rechtsextreme Politik zu positionieren, wo der Großteil der Nachbar*innen die AfD wählt. Doch genau diesen Mut brauchen wir – um Menschen Gegenwind zu geben, die selbstbewusst ihre Sympathie für eine rechtsextreme Partei kundtun. Um Fake News im Bekanntenkreis zu widersprechen. Und um bei rassistischen Äußerungen nicht wegzuhören, sondern zu widersprechen.

Was bleibt von den vielen Demos? Das Zeichen, dass die Demokratie und ihre Werte den Menschen, in großer Mehrheit, wichtig sind. Hoffentlich auch das Bewusstsein, dass Demokratie kein Selbstläufer ist, und alle paar Jahre wählen zu gehen zwar wichtig und gut ist, aber eben nicht genug. Es bleibt hoffentlich die Bereitschaft, sich selbst zu engagieren. Ob in einer politischen Partei, in einer Bürger*inneninitiative oder in einem Verein. Weil es uns eben alle betrifft, wie stark rechtsextreme Kräfte im Kreistag und im Landtag werden. Wir haben es in der Hand. Nur mit unserem Engagement bleibt Thüringen für alle lebenswert.

Eure Ann-Sophie Bohm

Landessprecherin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen



**Mein
BUCHTIPP**

Die Erschöpfung der Frauen

von Franziska Schutzbach; Die Geschlechterforscherin Franziska Schutzbach schreibt über ein System, das von Frauen alles erwartet und nichts zurückgibt – und darüber, wie Frauen sich dagegen auflehnen und alles verändern: ihr Leben und die Gesellschaft.



DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Astrid Rothe-Beinlich

*Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport,
Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie
für Aufarbeitung und Religion*

Telefon: 0361/37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Babette Pfefferlein

*Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Drogen-
politik, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen,
Infrastruktur, Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Forsten,
Tier- und Verbraucherschutz*

Telefon: 0361/37-72681

E-Mail: babette.pfefferlein@gruene-thl.de



Madeleine Henfling

*Parlamentarische Geschäftsführerin
Vizepräsidentin des Thüringer Landtags
Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales,
Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur,
Medien, Netzpolitik, Datenschutz,
Untersuchungsausschuss 7/1 und 7/4*

Telefon: 0361/37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de



Laura Wahl

*Sprecherin für Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz,
Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik,
Verfassungsausschuss und
Untersuchungsausschuss 7/3*

Telefon: 0361/37-72672

E-Mail: laura.wahl@gruene-thl.de



Olaf Müller

*Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Finanzen,
Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus,
Petitionen, Untersuchungsausschuss 7/2*

Telefon: 0361/37-72674

E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de

DIE MITARBEITER*INNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Dr. Anna-Lisa Neuenfeld

*Fraktionsgeschäftsführerin
und Referentin für Grundsatzfragen,
Aufarbeitung und Religion*

Telefon: 0361/37-72669

E-Mail: anna-lisa.neuenfeld@gruene-thl.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein

*Referentin des Fraktionsvorstands
und für Petitionen*

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: buerofravosi@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey

*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung,
der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags,
Referentin für Europapolitik*

Telefon: 0361/37-72676

E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle



Christian Herrmann

Pressesprecher

Telefon: 0361/37-72690

E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de



Jens Hauspurg

*Stv. Pressesprecher,
Referent für Social Media und Onlinekommunikation*

Telefon: 0361/37-72656

E-Mail: jens.hauspurg@gruene-thl.de



Anne Marie Zang

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0361/37-72666

E-Mail: anne-marie.zang@gruene-thl.de



Marcus Neumann

Referent für Veranstaltungsmanagement

Telefon: 0361/37-72654

E-Mail: marcus.neumann@gruene-thl.de

PARLAMENTARISCHE BERATUNG

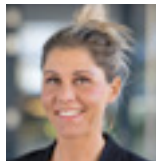


Christian Bohr

Referent für Kommunalpolitik und
den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361/37-72667

E-Mail: christian.bohr@gruene-thl.de



Angelina Ehlert

Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/1
„Mafia“

Telefon: 0157/51760156

E-Mail: angelina.ehlert@gruene-thl.de



Christian Foß

Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft,
Digitale Gesellschaft und Datenschutz

Telefon: 0361/37-72689

E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Diana Hennig

Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/3
„Politische Gewalt in Thüringen“

Telefon: 0176/47189371

E-Mail: diana.hennig@gruene-thl.de



Lukas Maria Hohner

Referent für Justiz-, Asyl- und Migrationspolitik

Telefon: 0361/37-72691

E-Mail: lukasmaria.hohner@gruene-thl.de



Anna Klassen

Referentin für Innenpolitik und für den
Untersuchungsausschuss 7/4 „Postenaffäre“

Telefon: 0361/37-72680

E-Mail: anna.klassen@gruene-thl.de



Andreas Leps

Referent für den Untersuchungsausschuss 7/2
„Treuhand in Thüringen“

Telefon: 0361/37-72692

E-Mail: andreas.leps@gruene-thl.de

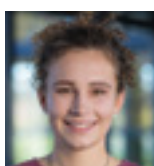


Ralf Martin

Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz
und Sport

Telefon: 0361/37-72679

E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Wiebke Mros

Referentin für Mobilität

Telefon: 0361/37-72678

E-Mail: wiebke.mros@gruene-thl.de



Antje Niebur

Referentin für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus

Telefon: 0361/37-72673

E-Mail: antje.niebur@gruene-thl.de



Jasper Robeck

Referent für den Untersuchungsausschuss 7/3
„Politische Gewalt in Thüringen“

Telefon: 0361/37-72671

E-Mail: jasper.robeck@gruene-thl.de



Dr. Björn Sode

Referent für Bau, Landesplanung, Wohnen,
Landwirtschaft, Forst und Gentechnik

Telefon: 0361/37-72661

E-Mail: bjoern.sode@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann

Referentin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit,
Verbraucherschutz und Gleichstellung

Telefon: 0361/37-72693

E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de



Tim Strähnz

Referent für Bildung, Kinder und Jugend

Telefon: 0361/37-72683

E-Mail: tim.straehnz@gruene-thl.de

Impressum

hinterGRÜNde Ausgabe 01/2024

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de

V.i.S.d.P.: Christian Herrmann

Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Fotos: Titel – Fraktion;
S. 3, 4, 6, 7, 8, 10/11, 12, 15, 16, 18 – Fraktion;
S. 5 – gewerkdesign, S. 13/14 – Dokumentationszentrum
NS-Zwangsarbeit/Sammlung Berliner Geschichts-
werkstatt, Grafik S. 17 – Shutterstock;
der Abgeordneten und Mitarbeiter*innen:
Paul-Philipp Braun

Redaktionsschluss: Februar 2024

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de



Besucht uns auch auf Social Media!

www.facebook.com/gruenethl www.instagram.com/gruenethl
www.twitter.com/gruenethl www.youtube.com/gruenethl